

Forschung und Lehre des öffentlichen Rechts, einschließlich des Völkerrechts, in Japan

Shigeki Miyazaki

I. Geschichtlicher Überblick.

Zuerst möchte ich die Geschichte des öffentlichen Rechts in Japan kurz zusammenfassen. Man kann sie in vier Zeitabschnitte einteilen: 1. die vor-Meiji-Zeit, also vor 1868, 2. die Periode der Europäisierung, ab 1868, 3. die Periode des absoluten Staats, ab etwa 1930, 4. die Zeit nach dem 2. Weltkrieg.

Die vierte Periode läßt sich unterteilen in:

1. Periode der Demokratisierung, von 1945 bis etwa 1960.
2. Seither die reaktionäre Periode.

1. Vor 1868 standen japanisches Rechtssystem und Rechtstheorie unter chinesischem Einfluß, was sich besonders im Strafrecht und im Staats- und Verwaltungsrecht zeigte.

2. Mit Beginn der Meiji-Zeit (Meiji-Restauration) wurde Japan in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht europäisiert, was allerdings ein recht oberflächlicher Vorgang blieb. Auch in der Rechtswissenschaft läßt sich diese Europäisierung deutlich feststellen.

Das Vorbild der Meiji-Verfassung war die preußische Verfassung von 1851. Das japanische Strafgesetzbuch wurde nach dem damaligen deutschen StGB festgesetzt. Ferner benutzt das japanische Zivilgesetzbuch den ersten Entwurf des deutschen BGB (sog. Windscheid-Entwurf) als Vorbild. Das japanische Gerichtswesen wurde nach europäischem Vorbild gestaltet.

Viele europäische Wissenschaftler haben als Gastprofessoren in neu

gegründeten Universitäten in Japan Rechtswissenschaft in allen Bereichen unterrichtet und viele japanische Juristen haben in Europa, vor allem in Deutschland, studiert. Bluntschli, Ihering, Jellineck, von Liszt, Stammler u. a. haben nicht nur in Deutschland, sondern auch in Japan zahlreiche wissenschaftliche Nachfolger.

Die Hauptaufgabe der damaligen japanischen Rechtswissenschaftler sollte sein, europäisches Recht zu studieren und in Japan vorzustellen. Eine solche Gewohnheit besteht heute noch.

3. Nachdem die chauvinistischen Fanatiker den Staat in ihre Gewalt bekommen hatten, wurde damit begonnen, die Absolutheit des japanischen Kaisertums zu behaupten. Danach wurde der Tenno nicht nur als Staatsoberhaupt, sondern als „Gott“ angesehen. Ihm allein sollten sämtliche Kompetenzen der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtssprechung zukommen. Die Staatsorgane wurden lediglich als Beratungsorgane des Tenno angesehen. Die damalige japanische Rechtswissenschaft hatte lediglich die Funktion, solcherlei Dogmen zu propagieren; sie war nicht Wissenschaft, sondern eine Art Glaubenslehre. Der Verfassungsrechtler Tatsukichi MINOBE, der den Tenno als Staatsorgan angesehen hatte, wurde von seiner Universität entfernt.

Vor dem 2. Weltkrieg gab es nur etwa 48 Universitäten in Japan. Die öffentlichrechtliche Wissenschaftler daher durchaus schwach.

4. Erst nach dem 2. Weltkrieg wurde Japan ein Rechtsstaat. Der Tenno mußte seiner „Göttlichkeit“ entsagen und ein Mensch werden. Eine wirkliche öffentlichrechtliche Wissenschaft begann erst jetzt. Denn erst jetzt wurde eine freie Forschung auf dem Gebiet von Verfassung und Staat möglich. (Vorher hatte es allerdings schon Ansätze dieser Wissenschaft gegeben). Die neue japanische Verfassung wurde unter der Besatzung der Alliierten festgesetzt. Nach ihr beruht alle Staatsgewalt auf dem Volk, die akademische Freiheit wird gewährleistet. 1948 wurde die japanische Gesellschaft für öffentliches Recht gegründet. Die japanische Zeitschrift für öffentliches Recht „Kōhō kenkyū“ wurde 1949 zum ersten

Mal herausgegeben.

5. Die japanische Gesellschaft für Völkerrecht war aber schon nach dem japanisch-chinesischen Krieg im Jahre 1897 gegründet worden.

Sie war nicht nur die älteste rechtswissenschaftliche Gesellschaft in Japan, sondern auch die einzige überuniversitäre juristische Forschungsgesellschaft vor dem zweiten Weltkrieg. Die japanische Zeitschrift für Völkerrecht („Kokuseihō gaikō zasshi“) wurde 1902 gegründet.

Eine japanische Zweigstelle der „International Law Association“ wurde 1920 etabliert. Nachdem ihre Tätigkeit durch den Krieg unterbrochen worden war, wurde sie 1955 wieder aufgenommen. Auch die völkerrechtliche Forschung war vor dem zweiten Weltkrieg gehindert worden. Die Regierung vertrat die Auffassung, daß die Gewalt des Tennos dem Völkerrecht vorgehe, weil der Tenno göttlicher Qualität sei.

6. Es ist jedoch zu betonen, daß der Einfluß der europäischen Kultur in Japan nicht tief eindrang, sondern an der Oberfläche verharrte. Es ist in Japan Brauch, zwischen „Innerem und Äußerlichem,“ zwischen „Echtem und Fassadenhaftem“ zu unterscheiden. Recht und Rechtswissenschaft werden nicht selten mit dem „Äußerlichen,“ dem „Fassadenhaften“ in Verbindung gebracht. Es ist ja auch bekannt, daß Japaner außer Hauses in der Regel europäische Kleidung trägt, zu Hause aber einen Kimono anlegt und sich auf das Tatami, die Binsenmatte auf dem Fußboden, setzt. Im Bewußtsein und noch mehr im Unterbewußtsein der Japaner bleiben immer noch Einflüsse aus der feudalistischen Zeit. Dies ist auch der Fall in zahlreichen Künsten, wie Blumenstecken, Teezeremonie, Musizieren mit traditionellen Instrumenten etc.

Dies hat seine Ausprägung auch im Bereich des Rechtlichen. Man denke nur an die weithin übliche „politische“ Lösung von Streitigkeiten, an die irrationale sog. einverständliche Lösung durch Vermittlung, an die Neigung, den Machthabern zu schmeicheln etc.

7. Die Meiji-Verfassung war niemals geändert worden. Dasselbe ist

der Fall mit der geltenden japanischen Verfassung. Demgegenüber wurde das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bereits 34 Mal revidiert.

Wenn auch der Text der jap. Verfassung nicht geändert wurde, so hat doch eine Änderung tatsächlicher Zustände stattgefunden. So heißt es in der Verfassung, daß Japan keine Streitkräfte haben soll, der Tenno keine Zuständigkeit als Staatsoberhaupt haben soll, Mann und Frau gleichberechtigt sein sollen, die Gemeinden unabhängige Selbstverwaltungskörper sein sollen. Jedoch gibt es in Japan eine Selbstverteidigungstruppe genannte Armee. Der Tenno tritt wie ein Staatsoberhaupt auf (z. B. Gebrauch des kaiserlichen Wappens der Chrysantheme als staatliches Wappen). Mann und Frau sind in Japan nicht nur in sozialer Hinsicht, sondern auch vor dem Gesetz nicht gleich. (So kann eine Tochter des Tennos nicht Tenno werden. Ist in einer internationalen Ehe der Mann Japaner, so erhalten die Kinder die japanische Staatsangehörigkeit, ist jedoch die Frau Japanerin und der Mann Ausländer, so können die Kinder die japanische Staatsangehörigkeit nicht erhalten. Einen ähnlichen Zustand in Deutschland hat das BVerfG am 21. Mai 1974 als verfassungswidrig beurteilt, was in Japan nicht geschehen ist.)¹⁾

Die japanischen Gemeinden sind durch das bestehende Finanzsystem tatsächlich von der Regierung abhängig.

Hätte man zur Anpassung dieser Gegebenheiten an das Verfassungsrecht die Verfassung nicht ändern müssen? Hier ist zu bedenken, daß nach weitverbreiteter japanischer Ansicht, die Verfassung nur ein Bestandteil des „Äußerlichem, Fassadhaftem, Prinzipiellen“ gehört. Im übrigen bedarf es zur Verfassungsänderung der Zustimmung von zwei Dritteln beider Parlamentshäuser und der Zustimmung bei einer Volksabstimmung. Angesichts der politischen Lage sind Verfassungsänderungen zur Zeit unmöglich.

8. Nach dem zweiten Weltkrieg kam es zu einer gewissen Amerikanisierung des japanischen Rechts. Diese Tendenz betraf vor allem die Verfassung, das Familienrecht, das Recht der Aktiengesellschaft und der Strafprozeß. Alle besonderen Gerichte wurden beseitigt. Die Verfassung

sieht nur noch die ordentliche Gerichtsbarkeit vor. Es gibt einen Obersten Gerichtshof, acht Oberlandesgerichte, 50 Landgerichte und 575 einfache (Amts) Gerichte. Zwar gibt es weder Verfassungs- noch Verwaltungsgerichtsbarkeit, aber die OLGs und LGs haben Kammern für Verwaltungssachen eingerichtet. Es gibt 50 Familiengerichte, die für Ehescheidungs-, Erbschaftsfälle und für Jugendkriminalität zuständig sind. Sie spielen in Japan eine große Rolle, insbesondere deswegen, weil das Element der Schlichtung hier eine große Rolle spielt.

II. Überblick über den gegenwärtigen Zustand der öffentlichrechtlichen Wissenschaft und der Völkerrechtswissenschaft in Japan.

Auch in Japan studiert und unterrichtet man öffentliches Recht und Völkerrecht vor allem an den Universitäten. Gewisse Grundkenntnisse werden darüber bereits auf der höheren Schule erworben. Auch werden diese Gegenstände in gewissen Schulungseinrichtungen für Beamte angeboten.

Allgemeine Forschungstendenzen des gegenwärtigen Wissenschaft aufzuweisen, ist mir in diesem Rahmen nicht möglich. Die Forschungsgegenstände sind äußerst vielfältig, betreffen nicht nur die japanische Rechtsordnung, sondern zeigen ein vielfältiges Interesse am Recht und der Rechtswissenschaft des Auslandes. Forschungsergebnisse werden in den Zeitschriften der wissenschaftlichen Vereinigungen, der Publikationsorgane der Fakultäten und Universitäten, in Festschriften und in den allgemeinen kommerziellen juristischen Zeitschriften veröffentlicht. Die wichtigsten Abhandlungen werden in der Zeitschriftenschan in der „Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht“ und in der Bibliographie „Public International Law“ regelmäßig vorgestellt.

1. Die repräsentative wissenschaftliche Gesellschaft für öffentliches Recht heißt „Japanische Gesellschaft für öffentliches Recht“ (Kōhōgakkai), die einmal jährlich eine wissenschaftliche Tagung durchführt.²⁾ Auf der

Tagung von 1983 wurden unter dem Generalthema „Rechtssprechung und Verwaltung in der Gegenwart“ folgende Themen behandelt:

- Begriff und Funktion der Justizgewalt in der Gegenwart,
- Justizpositivismus und -passivismus in den USA,
- Verwaltungsstreitsachen in Frankreich,
- japanische Theorie der Justizgewalt,
- die Erweiterung der Funktion der Gerichte in der Gegenwart.

Die Themen von 1982 waren die Gleichheit vor dem Gesetz und Verwaltungsstreitsachen.

Im Jahr davor wurden „Theorien zum öffentlichen Recht von Hans Kelsen“ sowie das Thema „Verwaltungsrecht im Wirtschaftsbereich“ behandelt.

Kōhōgakkai gibt die Zeitschrift „Kōhō kenkyū“ (Forschungen des öffentlichen Rechts) einmal jährlich heraus. Sie enthält die Niederschriften der Tagungsthemen und Übersichten zur Entwicklung des Japanischen Verfassungs- und Verwaltungsrechts. Ferner gibt es den „Landesweiten Forschungsverein für die Verfassung“ (Zenkoku kompō kenkyūkai)³⁾ als eine andere wissenschaftliche Gesellschaft zum öffentlichen Recht. Seine Forschungstagungen finden zweimal jährlich statt. Im Frühling 1983 befaßte man sich mit den Themen: „Die Rolle der Verfassungstheorie gegenüber der Rechtspolitik,“ „Gegensätze von Verfassungstheorie und Politik,“ „Der Zusammenbruch der Meiji Verfassung und die Rolle der Verfassungswissenschaft für das Staatsrecht“ usw.

Im Herbst 1983 behandelte man „Wahl, Partei und parlamentarisches System,“ „Zur Einführung der Proportionalwahl bei der japanischen Oberhauswahl.“ „Die Freiheit des Wahlkampfes und die Verbesserung des Oberhauses.“

Außerdem gibt es besondere wissenschaftliche Vereinigungen zum Erziehungsrecht, Steuerrecht, Umweltschutzrecht und Verteidigungsrecht.

Im März 1983 ist eine „Japanische Gesellschaft für Finanzrecht“ neu gegründet worden.

In einem alten chinesischen Sprichwort heißt es: Wenn viele Blinde mit der Hand über einen Elefanten streichen, so sieht der eine diesen für

ein Seil, ein anderer hält ihn für eine Seule, wieder ein anderer für eine Tafel. Dem ähnelt der Zustand der öffentlichrechtlichen Forschung in Japan. Verfassungsrechtliche Forschungen sind einerseits sehr vielfältig, nicht anders wie in Deutschland. Jedoch gibt es ein für Japan charakteristisches Problem: die kritische Forschung gegenüber verfassungswidrigen Zuständen, etwa die Existenz der Verteidigungstruppe, das Tennosystem und gegenüber den Tendenzen der Verfassungsrevision, die bekanntlich von der Regierungspartei (LDP) immer noch betrieben wird. Die japanischen Wissenschaftler des öffentlichen Rechts stellen sich im allgemeinen gegen solche Zustände und Tendenzen.

Zum Methodischen sei angemerkt, daß in früheren Zeiten die deduktive Methode führend war, während heute die induktive Methode durch Urteilsanalysen, vergleichende Forschung und Rechtssoziologie an Boden gewinnt.

2. Die Forschungen des Verwaltungsrechts sind mehr praxisbezogen. Sie befassen sich mit den Verwaltungseinrichtungen, dem Beamensystem, Verwaltungsprozeß und Parteiwesen, Staatsaufsicht, Staatshaftung etc. Im letzten März hat das „Zweite provisorische Prüfungskomitee für Staatsverwaltung“ sein letztes Gutachten zur Verwaltungsreform der Regierung vorgelegt. Dazu haben sich viele Verwaltungsrechtlicher kritisch geäußert.

3. Die Japanische Gesellschaft für Völkerrecht hat jetzt etwa 680 Mitglieder. Zu dieser Gesellschaft gehören fast alle japanische Forscher für Völkerrecht und IPR sowie auch solche für internationale Politik. Die Gesellschaft hält zweimal jährlich eine Forschungstagung ab. Die Themen der Frühlingstagung 1983 waren „Schutz der Menschenrechte im Völkerrecht und Staatsrecht, besonders die Menschenrechte der Ausländer,“ „Schutz der Flüchtlinge,“ „Die Stellung der Entwicklungsländer im neuen internationalen Recht der Entwicklung.“ Die Themen der Tagung im Herbst 1983: „Gegenwärtige Bedeutung der Lehre von Hugo Grotius,“ „Die Grundprobleme der Staatsangehörigkeit,“ „Recht und Politik im Falkland-Konflikt.“

Die japanische Zeitschrift für Völkerrecht und Diplomatie „Kokuseihō gaikō zasshi“ erscheint vierteljährlich. Die dort erscheinenden Abhandlungen sind mit einer Zusammenfassung in europäischen Sprachen versehen. Das „Japan Annual of International Law“ wird von der japanischen Zweigstelle der International Law Association jährlich auf englisch herausgegeben.

Vor sieben Jahren wurde eine „Gesellschaft für Weltrecht“ gegründet. Sie hat rd. 190 Mitglieder. Themen der letzten Jahrestagung: „Die Voraussetzung für die Gemeinschaftisierung der Internationalen Gesellschaft“ und „Internationale Gesellschaft und ius cogens.“

Die Gegenstände der völkerrechtlichen Forschung sind sehr vielfältig. Folgende Tendenzen sind zu bemerken:

- Behandlung der Kodifikationen der UNO, z. B. diplomatische und konsularische Beziehungen, Recht der Verträge, Staatennachfolge, staatliche Immunität und Staatenverantwortlichkeit. Ein besonders wichtiger Gegenstand der letzten Jahre war das Internat. Seerecht.
- Die theoretische Forschung, wie etwa die Geschichte des Völkerrechts, Rechtsnatur und Geltungsgrund des Völkerrechts. Völkerrechtssubjekte und friedliche Streitbeilegung.
- Forschungen zu Entscheidungen internationaler Gerichte und zu diplomatischen Vorfällen.
- Spezifisch japanische Probleme, wie der japanisch-amerikanische Sicherheitsvertrag, japanisch-koreanischer Konflikt um den Festlandsockel, die Kim De-Jung-Affaire usw. Ferner territoriale Probleme zwischen Japan und Korea (Takeshima-Insel), Japan und China (Senkaku-Inseln) und Japan und UdSSR (Kurilen).
- Fragen zum Recht der Europäischen Gemeinschaft gelten als Bestandteil der Völkerrechtsforschung.

Vor vier Jahren wurde die „Japanische EG-Forschungsgesellschaft“ mit Unterstützung der Delegation der EG Kommission in Japan gegründet. Diese Gesellschaft veranstaltet jährlich eine Forschungstagung und veröffentlicht einen Jahresbericht.

Von Seiten der Regierung können finanzielle Mittel für Forschungs-

vorhaben an Gruppen wie an Individuen gewährt werden.

III. Die Lehre (Unterricht) des öffentlichen Rechts in Japan.

1. Zur Zeit gibt es 66 Universitäten mit einer juristischen Fakultät. In solchen Fakultäten ist jeweils mindestens 1 Professor für das öffentliche Recht, ein weiterer für das Völkerrecht anzutreffen. So befinden sich in meiner Universität (Meiji) 4,5 Professoren für Verfassung, 1,5 für Verwaltungsrecht und 3 für Völkerrecht. Es gibt ferner einen Professor für Verfassungs- und Verwaltungsrecht, was aber als Ausnahme anzusehen ist, da es in Japan üblich ist, die Lehrstellen stark zu spezialisieren.

2. Manche japanische Universitäten haben das Semester-System. Vorlesung und Seminar werden wöchentlich mit zwei Stunden angesetzt. Für den Kurs in den einzelnen Disziplinen (Verfassungs-, Verwaltungs-, Völkerrecht) sind 2- bis 4 Semester erforderlich.

Vor dem zweiten Weltkrieg war das japanische Universitätssystem mit dem deutschen fast identisch. Die Amerikanisierung führte aber zu dem sg. „sechs-drei-drei-vier-System.“

D. h. für Grundschule gelten sechs Jahren, für Untermittelschule und Höhere (Ober) mittelschulen gelten drei Jahren und für die Universität gelten vier Jahren. In ersten zwei Jahren der reformierten Universität studieren die Studenten hauptsächlich die allgemeine Bildungsfächer:

Literatur, allgemeine Geschichte, Naturwissenschaft, Mathematik, Körperliche Erziehung (Gymnastik) und fremde Sprachen (Englisch und Deutsch oder Französisch, aber in partiellen Universität russisch, chinesisch oder andere statt Deutsch oder Französisch), wie früheren Gymnasium.

In letzten zwei Jahren (vier Semester) kommt es dann zum eigentlichen Fachstudium. Die Stunden sind deshalb ungenügend um Jura zu studieren. Deshalb wird meistens eine „Graduate School“ in den großen Universitäten errichtet.

„Graduate School“ teilt sich in zweijährigen Magister Kurs und fünfjährigen Doktor Kurs ein.

Der Magister Kurs und erst zweijährige Teil von Doktor Kurs sind wechselhaft.

3. Die gegenwärtigen Studenten in juristischer Fakultät in Japan teilen sich in folgenden drei Gruppen:

- a) 1% der Studenten zielen auf die akademischen Forschung und werden meistens in Magister Kurs aufgenommen, nur 10% in davon werden den Doktor Kurs weiter aufgenommen.
- b) 10% der Studenten zielen auf allgemeine juristische Berufe: Es gibt vier Staatsexmen für Beamten:

- 1) Die Prüfung für Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte.

Sie ist dem Referendarexamen in Deutschland ziemlich ähnlich.

Die erste Prüfung ist die der Qualifikation. Nach dem Bestanden dieser Prüfung können die Applikanten zu jeder Zeit in das zweijährig „Juristen Institut,“ das unter Oberstegerichtshof gegründet wird, eintreten.

Jeder, der die zweite Staatsprüfung bestanden hätte, bekommt die Juristenfähigkeit, Richter, Staatsanwalt oder Rechtsanwalt zu werden. Sie sind etwa 450 an der Zahl pro Jahr.

In dieser Prüfung ist Verfassung obligatorisch, dagegen sind Verwaltungsrecht und Völkerrecht fakultativ mit andern Fächer.

- 2) Die Prüfung für die diplomatischen Beamten, die ein Anstellungsprüfung ist.

In dieser Prüfung sind Verfassung und Völkerrecht obligatorisch.

- 3) Die Prüfung für die allgemeine und die besondere Staatsbeamten, die auch ein Anstellungsprüfung sind.

- 4) Die Prüfung für die Kommunalbeamten, die auch ein Anstellungsprüfung ist.

In dieser letzten drei [3) und 4)] Prüfung ist Verfassung obligatorisch, ist Verwaltungsrecht fakultative mit andern Fächer.

- c) Die übrigen (etwa 90%) Studenten zielen auf die allgemeine Berufe. Z. B.

- 1) Die Lehrer in höherer Schule (für Sozialwissenschaft oder fremde

Sprache)

- 2) Die allgemeine Beamten außer Fachjurist.
- 3) Die Angestellten in allgemeinen Unternehmen.

Große Unternehmen haben eine Abteilung für Rechtssachen und bilden selbst ihre Fachjuristen aus den Reihen Graduierten aus.

Lehr- und Forschungsinteresse auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts sind je nach den Zielen der Studenten verschieden:

1. Akademisches Interesse,
2. zur Bildung des Staatsbürgers,
3. prüfungbezogenes (praktisches) Interesse.

Forscher an den Universitäten richten ihr Interesse primär an den beiden ersten Punkten aus. Regierung, Wirtschaft und Studenten, die sich den Staatsexamen unterziehen wollen, konzentrieren sich auf Punkt 3.

Ein Professor für Rechtswissenschaft bemerkte in einer kürzlich erschienen Zeitschrift folgendes:

Die japanische Rechtsphilosophie sei deutsch-idealistisch; die Verfassungslehre neigt der materialistischen Geschichtsauffassung zu; die Lehre des bürgerlichen Rechts sei rechtssoziologisch; die Strafrechtslehre neige stark zur Begriffsjurisprudenz.

In dieser Art und Weise könnte man vielleicht hinzufügen, daß die japanische Verwaltungsrechtswissenschaft praktisch und die Völkerrechtswissenschaft eine Art Berichterstattung sei.

-
- 1) Japanisches Staatsangehörigkeitsgesetz wird neulich revidiert und tritt am 1. 1. 1985 in Kraft.
Gemäß der Statistik gibt es 2744 Richter, 2092 Staatsanwälte und 12417 Rechtsanwälte in Japan.
 - 2) Kōhōgakkai hat jetzt 964 Mitglieder.
 - 3) Zenkoku kempō kenkyōkai wurde 1965 gegründet und hat jetzt 260 Mitglieder.